

Pressemitteilung Nr. 31 / 2012 22. Dezember 2012

Stellungnahme des Kommunalpolitischen Arbeitskreises der DKP Heidenheim zu den Presseberichten über den Gagfah-Immobilien-Deal HZ 20. u 21.12.2012 mit der Bitte um Veröffentlichung

Nicht nur Geschenke und christliche Herrlichkeit kommen bei den Weihnachtsfeiertagen zur Verteilung. Auch Hiobsbotschaften für mindestens 576 Heidenheimer Familien sind dabei. Für sie wurde die Weihnachtsfreude zum Ärgernis und zum Verdruss.

Die Mieter der ehemaligen Gemeinnützigen Baugesellschaft Heidenheimer sind nun zum zweiten Mal einem spekulativen Mietwohnungshai zum Opfer gefallen. Was mit privatisiertem Mietwohnungsbau passiert haben die GBH/Gagfah und jetzt neue Immobilien-Projektgesellschafts-Mieter erfahren können. Wohnraum wird nach Rendite- und Profiterwartungen verwaltet. Der Mieter bleibt weiter erpressbar, er bleibt das billige Subjekt. Was die GBH-Mieter nach der Gagfah-Übernahme erlebten, wird nur unter anderen Vorzeichen weiterbetrieben.

Was den Mieter bleibt sind gesetzlich verschlechterte Mieterrechte und eine „Sozialcharta“ von Gagfah's Gnaden.

Die Zurückhaltung von Oberbürgermeister Ilg, ist nicht verwunderlich. Der GBH/Gagfah-Deal bei dem der GBH- und auch der kommunale Mietwohnungsbestand nichtöffentlich im Gemeinderat beschlossen wurden, weckt denkbar schlechte Erinnerungen. Die Mieter kamen vom Regen in die Traufe.

Bemerkenswert dagegen ist die Feststellung des Oberbürgermeisters, der beobachten will, welche der Gesellschaften sich den Mieter gegenüber besser darstellen werde. „Insofern könnte der Wettbewerb auch Vorteile haben“ so spekulierte OB Ilg, der die Stadt Heidenheim für Immobilien-Anleger nicht ganz uninteressant findet. Heidenheim ist in der Tat in den letzten Jahren für Immobilien - „Geschäftesmacher“ immer interessanter geworden. Denken wir z.B. an die Bebauung Plouquet-Areal, Felsenbebauung, WCM-Areal. Alle Immobiliengesellschaften verfolgen das gleiche Ziel: Objektankauf zur Kapitalanlage.

Auch Mietwohnungen dienen der Kapitalanlage und somit der Renditemaximierung. Rendite liegen eben vor dem Menschenrecht auf Wohnung. Auch Josef und Maria waren im Dezember auf Wohnungssuche und wurden mehrfach, bis auf den Stall zwischen Ochs und Eselein von Immobilienbesitzer abgewiesen. Nein, Menschenwürde darf nicht auf Ställe reduziert werden.

Wie sagte doch die Gagfah-Pressesprecherin: „Wenn wir es für ökonomisch sinnvoll erachten, verkaufen wir auch Wohnungen an Kapitalanleger und Investoren. Durch die Verkäufe können wir unser Portfolio und unsere Kapitalstruktur optimieren“

Der Kommunalpolitische Arbeitskreis der DKP Heidenheim erwartet, dass OB Bernhard Ilg und der Gemeinderat der Stadt Heidenheim die -Kommunale Initiative- der DKP für den -Sozialen Wohnungsbau- aufgreift und den Mietwohnungsbau, wie bereits beantragt, als kommunales Menschenrecht zur kommunalen Kernaufgabe erklärt.

Für den KOPO Arbeitskreis
i.A.

